

**Dringlichkeit und Antrag  
einstimmig angenommen**

GRin. Martina KAUFMANN, MSc B.A.

13.11.2014

**A N T R A G  
zur  
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g**

unterstützt durch die im GR vertretenen  
Klubs von .....

Betreff: Starthilfe 18+

Junge Menschen, die nicht bei ihren Eltern leben können – aus den unterschiedlichsten Gründen – sind in Österreich einer Ungleichbehandlung ausgesetzt:

An ihrem 18. Geburtstag verlieren sie den Rechtsanspruch auf Kinder- und Jugendhilfe. Sie müssen von einem Tag auf den anderen per Gesetz selbständig sein und viele müssen auch ihr Zuhause verlassen!

Ob eine Hilfe für 18+ verlängert wird, ist von einer Reihe oft schwer nachvollziehbarer Faktoren und dem guten Willen der einzelnen Bundesländer abhängig. Gerade in Graz haben wir den Menschen, das Kind, den Jugendlichen im Fokus. Kinder und Jugendliche werden über den 18. Geburtstag hinaus begleitet und unterstützt, um ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Dies ist jedoch nicht selbstverständlich und nicht gesetzlich verankert.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Dringlichen Antrag**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge an den Bundesgesetzgeber mit dem Ersuchen herantreten, für die Zielgruppe der 18+ die erforderliche gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit auch jungen Erwachsenen die notwendige Begleitung in die Eigenständigkeit bereit gestellt werden kann.

**Dringlichkeit  
mit Mehrheit angenommen**

**Abänderungsantrag  
mit Mehrheit angenommen**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderätin DI **Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 13. November 2014

## **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

### **Betrifft: Unterbringung von Flüchtlingen**

Wie mit Flüchtlingen umgegangen wird und wie sie untergebracht werden, kann den Kommunen nicht egal sein. Weder im Sinne der Flüchtlinge selbst, die häufig traumatisiert sind und daher gute Betreuung brauchen, noch im Sinne der Städte und Gemeinden. Viele Probleme des Zusammenlebens haben ihren Ursprung in mangel- und massenhafter Unterbringung und Betreuung. Probleme in dieser Frage zu lösen, bedeutet einen Beitrag zu funktionierender Integration. Die Diskussion um den Volksgarten hat gezeigt, dass auch die NachbarInnen von Flüchtlingsunterbringungen verunsichert sein oder sich bedroht fühlen können, wenn die Zahl der untergebrachten Menschen sehr hoch und deren Betreuung schlecht ist.

Besonders für Familien mit Kindern und für Jugendliche ist die Unterbringung in großen Flüchtlingsheimen ungünstig. Auch eine gute Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist unter diesen ungünstigen Voraussetzungen nicht gewährleistet. Für Kinder gilt zudem, dass sowohl das Spielen als auch frühes Schlafengehen in der Beengtheit der großen Unterkünfte kaum möglich ist. Trotz der großen finanziellen Hürden – sie dürfen ja nicht arbeiten –, versuchen Flüchtlinge daher immer wieder, privat eine Wohnung zu finden. Zumeist übersteigen selbst Substandard-Wohnungen in schlechtem Zustand, die weit abseits der Zentren liegen, die finanziellen Möglichkeiten. Die großen räumlichen Distanzen erschweren den Betroffenen nicht nur die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und damit den Integrationsprozess, sondern machen es auch komplizierter, sie zu betreuen.

Einmal aus einem Flüchtlingsheim ausgezogen, ist die Rückkehr so gut wie unmöglich, weil angesichts des Krieges im Irak oder in Syrien immer mehr Menschen bei uns Zuflucht suchen. Private Quartiergeber nutzen die prekäre Situation oftmals aus.

Nicht zuletzt wegen der Traumatisierungen ist Betreuung und Beratung von zentraler Bedeutung. Die damit beauftragten Organisationen sehen die dezentrale Unterbringung in kleineren Einheiten oder in Wohnungen – insbesondere für Flüchtlinge, die im Familienverband kommen – als Idealmodell an. Auch der unkomplizierte Zugang zu Einrichtungen des täglichen Bedarfs (Einkaufsmöglichkeiten, ÄrztInnen etc.) spielt zudem eine wichtige Rolle.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Die Stadt Graz wird ersucht, in einer Petition an den Landtag Steiermark darauf hinzuwirken, dass AsylwerberInnen, insbesondere Flüchtlingsfamilien mit Kindern und jugendliche AsylwerberInnen, in der Stadt Graz in qualitätvollen, dezentralen Wohneinheiten untergebracht werden. Eine adäquate Betreuung der Betroffenen ist sicherzustellen und entsprechend finanziell abzusichern.**



## **Abänderungsantrag**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 13. November 2014

von

**GRin Mag.<sup>a</sup> Astrid Polz-Watzenig**

**Betrifft: Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag**

**von GR<sup>in</sup> DI Christine Braunersreuther; Unterbringung von Flüchtlingen**

In den letzten Wochen haben sich vermehrt Menschen gemeldet, die in Graz gerne AsylwerberInnen und/oder Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen wollen. Der Tenor der Rückmeldungen ist, dass es in der Bosnienkrise viel einfacher war direkt zu helfen. Heute würde – vor allem seitens des Landesflüchtlingsbüros – massiv geblockt und dagegen argumentiert. Menschen, die helfen wollen und auf Landesebene nicht weiterkommen, wenden sich an die Stadt, an die Caritas, an die Diakonie, um zu einer Lösung zu kommen. Dieses Engagement von Grazern und Grazerinnen nicht ernst zu nehmen und damit auch nicht die Möglichkeit zu ergreifen, für AsylwerberInnen, insbesondere für Familien, ein gutes Umfeld und eine gute Betreuung zu schaffen, ist unverständlich.

Wir finden es wichtig, dass auch die Stadt bei der Unterbringung von AsylwerberInnen eine aktive Rolle übernimmt und finden den Dringlichen Antrag der KPÖ sehr positiv. Da wir jedoch nicht nur im Petitionsweg an den Landtag herantreten wollen, stellen wir als Grüne Fraktion im Gemeinderat folgenden

## **Abänderungsantrag**

Die Stadt Graz wird ersucht, den zuständigen Landesrat Schrittwieser, VertreterInnen des Landesflüchtlingsbüros, VertreterInnen von Caritas und Diakonie sowie der Fraktionen im Gemeinderat zu einem Gespräch zu laden. Ziel ist es, Menschen die mit Privatquartieren AsylwerberInnen und Flüchtlingsfamilien helfen wollen, zu unterstützen (Beratung, Unterstützung beim bürokratischen Ablauf, Matching mit den Betroffenen). So kann die Stadt Graz darauf hinwirken, dass AsylwerberInnen, insbesondere Familien mit Kindern und jugendlichen AsylwerberInnen, in der Stadt Graz in qualitätsvollen, dezentralen Wohneinheiten untergebracht werden.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Armin Sippel  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 12.11.2014

Betreff: Asylwesen – Stellungnahme der Stadt Graz  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Landespolizeidirektion Graz in der Straßganger Straße wurden 27 Asylwerber untergebracht. Alleine die gewählte Örtlichkeit ist eine Visitenkarte der völlig verfehlten Asylpolitik von ÖVP und SPÖ. In sämtlichen Bundesländern fehlt es an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten, weshalb bereits auf private Einrichtungen zurückgegriffen wird. Beispielgebend sei ein bekannter Lokalbetreiber erwähnt, der sein Gasthaus vor den Toren von Graz geschlossen hat, um kurzerhand als Asylantenheim wiederzueröffnen. Hier offenbart sich bereits ein weiteres Folgeproblem, das aus der Ignoranz unserer Bundesregierung resultiert. Ich halte fest, dass in der jüngeren Vergangenheit rund um die Probleme, die bei der privaten Unterbringung von unbegleiteten männlichen minderjährigen Asylwerbern zu Tage getreten sind, eine Forderung der Stadt Graz formuliert wurde, wonach es keine privaten Flüchtlings- und Asylwerberheime mehr geben sollte. Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung ist allerdings genau das Gegenteil der Fall. Fehlende Vorsorge des Bundes und ein Überschreiten der Aufnahmekapazitäten sorgen dafür, dass der Betrieb von derartigen Heimen für private Betreiber zu einem lukrativen Geschäftsfeld wird. Wir dürfen nun also beobachten, dass Asylwerber entweder klammheimlich in hochsensiblen Exekutiveinrichtungen des Bundes untergebracht werden, oder privaten Einrichtungen, die sich die fehlenden Planungen des Bundesministeriums wirtschaftlich zu Nutze machen, überantwortet werden. Daraus folgt, dass sich die Bevölkerung schlecht informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt sieht. Regelmäßig wird in diversen Medien von den zahlreichen Kindern und Frauen berichtet, die in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union um Asyl ansuchen. Gespräche mit Exekutivbeamten und auch mit Mitarbeitern des zuständigen Ministeriums haben aber ergeben, dass in nicht unbeträchtlichem Ausmaß Männer im erwerbsfähigen Alter, zumeist alleine, um Asyl in Österreich ansuchen. Ebenso wurde von Grazer Heimbetreibern über Asylwerber berichtet, die nicht unwesentliche Bargeldbeträge bei sich hatten. Es steht außer Zweifel, dass es Menschen gibt, die auf das humanitäre Bleiberecht in unserer Gesellschaft angewiesen sind.

Unzweifelhaft ist ebenso, dass auch Österreich in der Verpflichtung steht, einen gewissen Anteil an diesen Flüchtlingen aufzunehmen, um diese sodann auch bestmöglich zu versorgen. Während sich aber einwohnerstärkere Länder innerhalb und außerhalb der EU mehr oder weniger elegant aus der Affäre ziehen, fühlt sich die Österreichische Bundesregierung verpflichtet, die infrastrukturellen Kapazitäten und auch die Aufnahmebereitschaft großer Teile der österreichischen Bevölkerung überzustrapazieren. Es ist auch Ausdruck echten Verantwortungsbewusstseins, die eigenen Möglichkeiten zu erkennen, diese klar zu formulieren und in der Folge danach zu handeln.

Aus diesem Grunde ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt an die zuständigen Stellen des Landes und des Bundes heran, um seine Besorgnis über die Unterbringung von Asylwerbern in sensiblen Einrichtungen des Bundes bzw. in privaten Flüchtlingsheimen zu deponieren.**
- 2. Unter Hinweis auf die bereits bestehenden Probleme – im Besonderen die Jugend-, Banden- und Drogenkriminalität im Zusammenhang mit minderjährigen Asylwerbern – werden die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes darauf aufmerksam gemacht, dass die Aufnahmekapazitäten des Großraumes Graz bereits gegenwärtig erschöpft sind, weshalb von der weiteren Zuteilung von Asylwerbern Abstand genommen werden möge.**
- 3. Die zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere die Frau Bundesministerin für Inneres, werden höflich ersucht, die genauen Pläne und Vorhaben, die im Bereich des Asylwesens den Großraum Graz betreffen, bekanntzugeben. Herr Bürgermeister Nagl möge diese sodann dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorlegen.**



## **Abänderungsantrag**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 13. November 2014

von

**GRin Mag.<sup>a</sup> Astrid Polz-Watzenig**

**Betrifft: Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag**

**von GR Mag. Armin Sippel / Asylwesen – Stellungnahme der Stadt Graz**

In den letzten Wochen haben sich vermehrt Menschen gemeldet, die in Graz gerne AsylwerberInnen und/oder Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen wollen. Der Tenor der Rückmeldungen ist, dass es in der Bosnienkrise viel einfacher war direkt zu helfen. Heute würde – vor allem seitens des Landesflüchtlingsbüros – massiv geblockt und dagegen argumentiert. Menschen, die helfen wollen und auf Landesebene nicht weiterkommen, wenden sich an die Stadt, an die Caritas, an die Diakonie, um zu einer Lösung zu kommen. Dieses Engagement von Grazern und Grazerinnen nicht ernst zu nehmen und damit auch nicht die Möglichkeit zu ergreifen, für AsylwerberInnen, insbesondere für Familien, ein gutes Umfeld und eine gute Betreuung zu schaffen, ist unverständlich.

Wir finden es wichtig, dass auch die Stadt bei der Unterbringung von AsylwerberInnen eine aktive Rolle übernimmt und finden den Dringlichen Antrag der KPÖ sehr positiv. Da wir jedoch nicht nur im Petitionsweg an den Landtag herantreten wollen, stellen wir als Grüne Fraktion im Gemeinderat folgenden

### **Abänderungsantrag**

Die Stadt Graz wird ersucht, den zuständigen Landesrat Schrittwieser, VertreterInnen des Landesflüchtlingsbüros, VertreterInnen von Caritas und Diakonie sowie der Fraktionen im Gemeinderat zu einem Gespräch zu laden. Ziel ist es, Menschen die mit Privatquartieren AsylwerberInnen und Flüchtlingsfamilien helfen wollen, zu unterstützen (Beratung, Unterstützung beim bürokratischen Ablauf, Matching mit den Betroffenen). So kann die Stadt Graz darauf hinwirken, dass AsylwerberInnen, insbesondere Familien mit Kindern und jugendlichen AsylwerberInnen, in der Stadt Graz in qualitätsvollen, dezentralen Wohneinheiten untergebracht werden.



GRAZ

**Gemeinderatsklub**

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

## Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat  
unterstützt durch die Piratenpartei

eingbracht von Frau Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Alexandra Marak-Fischer  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 13. November 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Probleme im Univiertel erregen nun schon seit mehr als 10 Jahren die Gemüter der AnrainerInnen, StudentInnen und LokalbetreiberInnen:

- AnrainerInnen klagen über Lärmbelästigungen in den späten Abend- und Frühmorgenstunden durch NachtschwärmerInnen sowie über verschmutzte Gehsteige und Hauseingänge
- LokalbetreiberInnen klagen über restriktive Sperrstundenregelungen, die in letzter Konsequenz das Aus für das Univiertel bedeuten würden
- Und alle jene, die die Lokale im Univiertel besuchen, fühlen sich zu Recht pauschal als RuhestörerInnen und Vandalen diffamiert – und besonders die mehr als 60.000 Studierenden sehen sich ob solcher Kampagnen als „tobendes Partyvolk“ verunglimpft.

Eine Lösung für die Probleme scheint allerdings, trotz des langen Zeitraums, nicht in Sicht: In Verkennung der Problematik beschränken sich die bisherigen Lösungsansätze darauf, dass man entweder den GastronomInnen die Hauptschuld an den Vorgängen im öffentlichen Raum zuschiebt, oder die StudentInnen pauschal als exzessives rücksichtsloses Partyvolk abzustempeln versucht. Letztendlich sind solche pauschalen Verurteilungen abzulehnen, da weder der Großteil der StudentInnen noch der GastronomInnen etwas mit der eingeschränkten Lebensqualität der AnrainerInnen im Universitätsviertel zu tun haben.

Wahr ist vielmehr: Seitens der LokalbetreiberInnen wurden eine Reihe von Maßnahmen (Einlasskontrollen, Security etc.) gesetzt, um in und unmittelbar vor den Lokalen für Ruhe und Ordnung zu sorgen, was im Übrigen auch von der Exekutive bestätigt wird.

Der beeinträchtigende Lärm resultiert nicht aus den Lokalen – neben dem Taxiverkehr trägt vor allem eine kleine Minderheit Verantwortung für den Lärm und die Verschmutzungen/Devastierungen auf den Straßen.



Die Gastronomie aus dem Univiertel z.B. durch frühe Sperrstunden zu vertreiben, kann keine Lösung sein – und eine Gesprächsverweigerung, wie sie zuletzt von Stadträtin Kahr an den Tag gelegt wurde, ist noch weniger ein Lösungsansatz.

Das Ziel der Stadt Graz muss es sein,

- a) das Univiertel als einen Lebensraum sowohl für AnrainerInnen als auch Studierende zu bewahren;
- b) nicht durch Restriktionen der in den letzten Jahren gewachsenen attraktiven Lokalkultur in diesem Viertel eine finale Sperrstunde zu verordnen, sondern den – zugegeben – aufwändigeren und anstrengenderen Weg einer gemeinsamen Lösung aller zu gehen;

Vorschläge gäbe es bereits jetzt einige: Von der Situierung eines zentralen Taxistandplatzes am Sonnenfelsplatz über die Beschränkung des Taxidienstes im Bereich Univiertel nur noch auf E-Fahrzeuge, zusätzliche Straßenreinigungen unter Einbindung der Gastronomie im Univiertel bis hin zum vermehrten Einsatz von Exekutive und Ordnungswache. Und dies sind nur einige Überlegungen, die im Raum stehen und die zeigen: Es gäbe sicher Lösungen für eine gute Entwicklung des Univiertels – man muss es nur wollen. Nur eines wollen wir nicht: Dass das Univiertel „zugedreht“ wird.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr werden ersucht, im Sinne des Motivenberichts einen runden Tisch mit VertreterInnen der Gastronomie, (Stamm)Gästen, AnrainerInnen, Polizei, Taxi-Innung, Stadtpolitik, Behörden und Studierenden in Form eines permanenten Beirates einzusetzen, um das Univiertel sowohl als Lebensraum für AnrainerInnen zu bewahren als darin auch Platz für die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewachsene Lokalszene zu bieten.



## Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 13. November 2014

von  
GR<sup>in</sup> DI (FH) Mag.<sup>a</sup> Daniela Grabe

### Betrifft: Gewährleistung unabhängiger frauenpolitischer Arbeit in Graz

Im Jahr 2009 wurde von der damaligen Frauenstadträtin Elke Edlinger in Zusammenarbeit mit dem Frauenrat, der über 50 Frauenorganisationen umfasst, eine Neukonzeption der Stelle der Unabhängigen Frauenbeauftragten vorgenommen und im Stadtsenat beschlossen.

Eines der, in dieser Neukonzeption festgelegten Tätigkeitsfelder war die in den letzten Medienberichten mehrmals zitierte Ombudsstellen-Tätigkeit die folgendermaßen definiert war:

- Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und –projekten,
- Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat,
- Erstgespräche für hilfesuchende Frauen zur
- Weiterleitung an die entsprechenden Fachstellen
- Recherchen zu Problemlagen, die von Frauen herangetragen wurden
- und Stellungnahmen bzw. Vermittlungsgespräche zur Unterstützung von Frauen

Als eine weitere Hauptaufgabe der Unabhängigen Frauenbeauftragten wurde die Schnittstellentätigkeit zwischen Bürgerinnen, Verwaltung und Politik festgelegt, die auch ganz klar einen Fokus auf verstärkte Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit legt und wie folgt definiert wurde:

- Analysen von strukturellen Problemstellungen (*wie etwa in der Begleitung des Haus Graz– Prozesses, beim Initiieren von Modellprojekten im Bereich Frauenförderung im Haus Graz und bei der Bekämpfung von Sexismus in der Werbung erfolgt*)
- regelmäßige Berichte an Politik und Verwaltung (*wie etwa durch die Mitarbeit am Grazer Menschenrechtsbericht erfolgt*)
- Vernetzungsarbeit (*die neben Vernetzung innerhalb der Stadt auch als Vernetzung mit Frauenbeauftragten anderer Gebietskörperschaften erfolgt ist*) und
- Öffentlichkeitsarbeit

Als weitere Tätigkeitsbereiche wurden in der Aufgabenbeschreibung angeführt:

- Geschäftsführung im Verein Grazer Frauenrat und
- Vorsitz im Vereinsorgan Grazer Frauenrat,

die auch die Koordination des Frauenrates und seine Vertretung nach außen umfassten.

Entsprechend dieser Aufgabenstellung wurden von der damaligen Frauenbeauftragten eine Reihe von konkreten Aktivitäten gesetzt, wie erwähnt die Mitarbeit am jährlichen Grazer Menschenrechtsbericht, die Beratungstätigkeit für Medien und Werberat in Fragen der Sexismus-Bekämpfung, die Mitarbeit im Pilotprojekt der GBG zur Frauenförderung über die Ausschreibung von Dienstleistungen, die Kooperation mit Gleichbehandlungsanwaltschaft und Antidiskriminierungsstelle u.v.m.

Die von Frauenstadträtin Martina Schröck gestern medial und mündlich angekündigte Neuausrichtung der Stelle mit einem Fokus auf die Ombudsfunktion und innerhalb der städtischen Strukturen gibt Anlass zur Sorge, dass sowohl die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der Frauenbeauftragten in Gefahr ist als auch frauenpolitische Arbeit abseits von Einzelfallarbeit künftig nicht mehr erwünscht ist. Vielmehr wirkt es nach den vorliegenden Informationen so, als sollte die „Unabhängige Ombudsstelle“ auf Beratung und Einzelfallarbeit reduziert werden.

Diese Reduktion wäre aus mehreren Gründen problematisch.

- Zum einen ginge damit eine unabhängige, parteifreie und überparteiliche Lobbying-Funktion für frauenpolitische Anliegen verloren,
- zum anderen die nicht minder wichtige überparteiliche und über alle ideologischen und religiösen Grenzen hinwegreichende Vernetzungsfunktion.
- Ein weiteres Manko wäre das Fehlen des wichtigen Aufgabenbereichs der Öffentlichkeitsarbeit, Medienpräsenz und damit auch der frauenpolitischen Bewusstseinsbildung.

Weiters muss in Frage gestellt werden, ob es wirklich sinnvoll ist, zu dem sehr professionellen Beratungs- und Qualifizierungsangebot für Frauen und Mädchen, das über drei Jahrzehnte von freien Trägerorganisationen in Graz aufgebaut und entwickelt wurde, eine städtische Beratungsstelle einzurichten.

Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **Dringlichen Antrag**

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Wichtigkeit einer unabhängigen und weisungsfreien Stelle mit den im Motivenbericht genannten Tätigkeitsbereichen, die strukturelle Defizite im Bereich Gleichbehandlung aufzeigt, regelmäßige unabhängige Berichte an Politik und Verwaltung liefert und auch öffentlich zu frauenpolitischen Problemstellungen Stellung bezieht, wie dies bisher durch die Unabhängige Frauenbeauftragte gewährleistet wurde.

Aus diesem Grund beschließt der Gemeinderat im Konkreten:

1. Frauenstadträtin Martina Schröck wird beauftragt, dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten in seiner nächsten Sitzung ein **Beschäftigungsmodell für die unabhängige Ombudsstelle** zu präsentieren, das die Weisungsfreiheit und damit Unabhängigkeit dieser Stelle rechtlich verbindlich sicherstellt.
2. Die Besetzung der unabhängigen Ombudsstelle erfolgt wie bisher nach einer **öffentlichen Ausschreibung**.
3. Frauenstadträtin Martina Schröck wird beauftragt, gemeinsam mit dem Grazer Frauenrat als fachspezifischem Beirat der Stadt Graz ein **Konzept für die inhaltliche Ausgestaltung** dieser Stelle zu erarbeiten und im Ausschuss für Frauenangelegenheiten zu diskutieren, das zusätzlich zur medial bereits diskutierten Ombudstätigkeit auch die folgenden Punkte umfasst:
  - Vernetzung aller Frauenberatungseinrichtungen bzw. Frauenbereiche bei den Einrichtungen – über alle ideologischen und religiösen Grenzen hinaus, von Caritas, katholischen Frauenbewegung bis hin zu ÖH-Frauen und Gewerkschaftsgruppen
  - Koordination des Grazer Frauenrats und Vorbereitung/Organisation der Frauenratssitzungen
  - überparteiliche Öffentlichkeitsarbeit und überparteiliche kritische Begleitung der städtischen Politik hinsichtlich stadtpolitischer Frauenbelange, Gleichstellung und Frauenförderung
  - Initiieren von Projekten zur frauenpolitischen Bewusstseinsbildung und Antidiskriminierung und Fortführen bestehender Projekte
  - Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zu diesen Themen
  - Schnittstellenfunktion zwischen Bürgerinnen, Beratungseinrichtungen, Verwaltung und Politik
4. Nachdem unabhängige Vernetzungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit für die Umsetzung auch eigene finanzielle Mittel erforderlich macht, wird dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zusätzlich ein Konzept für ein solches **Budget für Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit** vorgelegt.

Dringlichkeit  
mit Mehrheit angenommen

Punkt 1

mit Mehrheit angenommen

Punkt 2

mit Mehrheit abgelehnt



## Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 13. November 2014

von

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner

### Betrifft: Zukunft der Grazer Fernwärme

Die Stadt Graz unternimmt seit Jahren massive Anstrengungen zum Ausbau der Fernwärme-Anschlüsse im Grazer Stadtgebiet, um so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Feinstaubreduktion im Heizungsbereich zu leisten. Die Pläne für die künftige Wärmeaufbringung in Graz sind ambitioniert: Bis 2030 soll der Anteil der mit Fernwärme versorgten Haushalte von derzeit 40% auf 60% erhöht werden.

Das Thema Fernwärme beschäftigt auch uns GemeinderätInnen regelmäßig in vorberatenden Ausschüssen und im Gemeinderat: Über **Förderaktionen für Heizungsumstellungen und Neu-Anschlüsse** werden Anreize geschaffen. In den Jahren 2008-2013 wurden rund 7,4 Mio. € an Fernwärme-Förderungen ausgeschüttet hat (das Land Steiermark hat für die Stadt Graz zusätzliche 3,30 Mio. € gefördert). Mit dem **Fernwärmeanschluss-Auftrag** wurde nach intensiven Verhandlungen mit dem Land die Möglichkeit eröffnet, in bestimmten Stadtgebieten den Umstieg auf Fernwärme zu verordnen.

Im Zuge der Diskussion in der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2013 rund um einen Dringlichen Antrag der Grünen zum Thema „Grazer Fernwärme muss ökologischer und versorgungssicherer werden“ hatte Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zugesagt, regelmäßig über den

Fortgang in den Arbeitsgruppen „Wärmeversorgung Graz 2020/2030“ zu informieren und gleichzeitig folgende Rahmenbedingungen für die künftige Wärmeaufbringung für die Stadt Graz definiert:

- Versorgungssicherheit
- kostengünstig und
- ökologisch (wenig Emissionen)

### **Zukunft der Grazer Fernwärme**

Aufgrund der ungewissen Zukunft der Kraftwerke am Standort Mellach und Werndorf ist seit Beginn des Jahres über die Frage, wie die Stadt Graz ab 2020 mit Fernwärme versorgt sein wird, eine öffentliche und mediale Diskussion losgebrochen. Die Arbeitsgruppe „Wärmeversorgung 2020/2030“ arbeitet unter Hinzuziehung der Energieversorgungsunternehmen Energie Steiermark und Energie Graz und externer ExpertInnen an Lösungen für die künftige Aufbringung und Zusammensetzung der Grazer Fernwärme. Zwar wurden dem Vernehmen nach die Verhandlungen mit der Firma Sappi über Wärmelieferungen wieder aufgenommen – eine Einigung mit Sappi würde die ökologische Qualität der Grazer Fernwärme schlagartig verbessern – sonst scheinen wir allerdings – glaubt man Medienberichten - von einer Ökologisierung der Grazer Fernwärme weit entfernt zu sein.

Es steht außer Frage, dass die weitere Entwicklung der Fernwärmeversorgung der Stadt Graz unter den Prämissen der Versorgungssicherheit, Schadstoffreduktion und Leistbarkeit erfolgen muss. Zur Erreichung dieser Ziele stellt ein kombiniertes Szenario aus verbraucher- und versorgungsseitigen Maßnahmen die optimale Lösung dar – mit einer Beschleunigung der thermischen Sanierung von Gebäuden (zumindest Verdoppelung der Sanierungsrate auf 2%/Jahr), dem Ausbau der alternativen Aufbringungsformen – allen voran der Solarwärme – und der verstärkten Nutzung der industriellen Abwärme.

Wir GemeinderätInnen tragen aufgrund unserer zahlreichen Beschlüsse für einen Ausbau der Fernwärme eine ganz besondere Verantwortung und können die Entscheidung über die Zukunft der Grazer Fernwärme nicht den Energieversorgungsunternehmen allein überlassen. Schließlich hat die Stadt Graz gegenüber der Grazer Bevölkerung die Verpflichtung, eine ökologisch nachhaltige, versorgungssichere und leistbare Lösung für die Fernwärmeversorgung in Graz sicher zu stellen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Antrag**

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge den Grazer Gemeinderat ehebaldigst - z.B. im Rahmen der nächsten Stadtregerungssitzung - über die bisherigen Ergebnisse der AG

„Wärmeversorgung 2020/2030“ informieren und damit die Beratungen auf politischer Ebene zur künftigen Fernwärmeaufbringung für Graz starten.

2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, das Ergebnis dieser politischen Beratungen den Vorständen und den Aufsichtsräten der Energie Graz sowie der Energie Steiermark zur Kenntnis zu bringen.

Dringlichkeit abgelehnt



Piratenpartei Graz  
Radetzkystrasse 3/1  
8010 Graz  
0660/1830366

[philip.pacanda@piratenpartei.at](mailto:philip.pacanda@piratenpartei.at)  
[steiermark.piratenpartei.at](http://steiermark.piratenpartei.at)

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 13. November 2014

**Dringlicher Antrag**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

der Piraten

**Betrifft: Transparente Parteifinanzen - Graz als Vorbild**

In letzter Zeit war wieder viel über die Thematik Parteienförderung und Parteienfinanzierung zu lesen. Da und dort eine Partei, die die Wahlkampfkosten überschreitet, dann wieder eine fragwürdige Werbeeinschaltung in einer Zeitung, usw.

Der Europarat<sup>1</sup> hat vor kurzem zwar Österreich für das Transparenzpaket 2012 gelobt, hat aber auch einige Punkte beanstandet, bei denen es Verbesserungsbedarf gibt. Auch hat GRECO (Staatengruppe gegen Korruption) in ihrem Bericht<sup>2</sup> auf die noch fehlenden Umsetzungen hingewiesen. Insbesondere das Fehlen tatsächlicher, dem Rechnungshof eingeräumter Kontrollbefugnisse, sowie zu hohe Grenzwerte für die sofortige Veröffentlichung von Großspenden (50.000 Euro), sowie für anonyme Spenden (1.000 Euro) und die Bilanzregeln für Bundes-, Landes- und Ortsparteien wurden kritisiert. Hier bräuchte es aus Sicht der Experten bessere Vorgaben, sowie die Pflicht zur Veröffentlichung von Vermögenswerten und Schulden.

Graz könnte hier mit gutem Vorbild voran gehen und eine Vorzeigestadt werden.

---

<sup>1</sup> <http://derstandard.at/2000006578567/Parteifinanzen-Europarat-lobt-verlangt-aber-mehr-Kontrollmoeglichkeiten>

<sup>2</sup> [https://www.bka.gv.at/Docs/2014/10/7/Greco\\_Bericht\\_2014\\_DE.pdf](https://www.bka.gv.at/Docs/2014/10/7/Greco_Bericht_2014_DE.pdf)



**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, eine Richtlinie für die transparente Darstellung und Prüfung der Partei- und Klubfinanzen zu erarbeiten und ein dementsprechendes Beschlussstück vorzubereiten.

Darin sollen folgende Punkte enthalten sein:

- Die Finanzen der Parteien, sowie deren Unter- und Vorfeldorganisationen, sowie sämtliche Einnahmen und Ausgaben, sollen mindestens einmal jährlich veröffentlicht werden.
- Neben einer Aufschlüsselung von Ein- und Ausgaben sollen die Parteien unter anderem auch eine Spendenliste, eine Sponsoren- und eine Inseratenliste vorlegen.
- Sie müssen außerdem ihre Beteiligungsunternehmen bekanntgeben und einen Nachweis über die Verwendung der Parteien- und Klubförderung liefern.
- Weiters soll dem Stadtrechnungshof eine Kontrollbefugnis eingeräumt werden, um Einblick in die Parteifinanzen nehmen zu können.
- In dieser Richtlinie sollen auch Sanktionen für die Nichterfüllung der Vorgaben festgelegt werden, wie z.B. Reduktion der Parteien-/ Klubförderung.